

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 12 (1920)
Heft: 9

Artikel: Schweiz. Bauernzeitung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351241>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das hat nun natürlich dazu geführt, dass die Beamten in ein ganz anderes Verhältnis zu den Arbeitern kamen als das früher der Fall gewesen war. Sie ersuchen um ihre Hilfe bei der Regelung ihrer Lohnbedingungen, wodurch das gegenseitige Solidaritätsgefühl gestärkt wird. Namentlich kam dies zum Ausdruck anlässlich eines im November vorigen Jahres stattgefundenen *Streiks aller Beamten der Metallindustrie*, bei dem auch die Arbeiterschaft in kräftiger Weise ihre Solidarität bekundete. Man hat dann im Anschluss an diesen Kampf davon gesprochen, die Beamten, die alle organisiert sind, sich jedoch auf verschiedene Verbände verteilen, die teils dem Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, teils aber nicht, im Metallarbeiter-Verband zu organisieren und bei den Sektionen spezielle Gruppen der Beamten zu bilden. Der Plan ist dann in der Folge gescheitert, zur Hauptsache wohl darum, weil auch die Arbeiterbewegung nicht einheitlich orientiert ist, sondern zwei Tendenzen aufweist, die sozialdemokratische und die nationalsoziale. Wäre dieser Hinderungsgrund nicht, der auf die aus politischen Gründen noch bestehende nationale Hochspannung zurückzuführen ist, so wäre die gemeinsame Organisation der Beamten und Arbeiter in der tschechoslowakischen Republik bereits eine Tatsache.

Allein, es werden noch stärkere Bande sein, welche die gemeinsame Front enger zusammenzufassen berufen sind. Ich meine die *Betriebsräte*. Nachdem bereits für den Bergbau die Betriebsräte geschaffen wurden, steht ihre Einführung für die mehr als 20 Arbeiter zählenden Betriebe vor. Da die Betriebsräte gemeinsam von Beamten und Arbeitern gewählt werden, müssen sie naturnotwendig auf die gemeinsame Arbeit dieser beiden Kategorien fördernd einwirken. Wir sehen die praktischen Folgen bereits sehr deutlich in Deutschland, wo durch Vereinbarung der Zentralleitungen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, kurz «Afa» genannt, gemeinschaftliche *gewerkschaftliche Betriebsrätezentralen* für die Arbeiter und Angestellten geschaffen wurden. Die Industrien werden nach dieser Vereinbarung in 15 Gruppen eingeteilt, für deren jede an den einzelnen Orten gemeinsame Gruppenräte zu bilden sind. Jede Industrie-Gruppe wählt aus ihrer Mitte zwei Mitglieder, von denen einer ein Beamter, einer ein Arbeiter sein muss, in einen Zentralrat, dieser wieder aus seiner Mitte einen gleichfalls zu gleichen Teilen aus Beamten und Arbeitern zusammengesetzten Vollzugsrat.

Dadurch werden nun zu gleichen Teilen die wirtschaftlichen wie die psychologischen Voraussetzungen geschaffen für die so dringend notwendige Zusammenarbeit der Arbeiter und Angestellten. Eine künstliche Annäherung der beiden Gruppen erscheint so lange aussichtslos, als die notwendigen Voraussetzungen nicht eingetreten sind. Das schliesst freilich nicht aus, dass die Aufgeklärten unter den Beamten auch heute schon aus allen Kräften daraufhin arbeiten, die Wege für die spätere Zusammenarbeit zu ebnen. Dass dies nur dadurch erfolgen kann, indem das Klassenbewusstsein der Angestellten und Beamten geweckt wird, braucht nicht des langen auseinandergesetzt zu werden. Doch wird und muss auch dieses Klassenbewusstsein erst eine Frucht späterer ökonomischer Entwicklung sein, der wir bei ihrem Reifen nur helfen, die wir aber nie erzwingen können.



Eine Anregung.

Der Bauarbeiterstreik musste ohne Erfolg, aber mit mancherlei Erfahrungen abgebrochen werden. Es fehlte am nötigen Zusammenhalt und an dem festen Willen der Arbeiterschaft, den Kampf durchzuführen. Kommt eine Organisation durch die Ungunst der Verhältnisse in eine Situation wie die Bauarbeiter, so muss ihr geholfen werden. Die Gesamtarbeiterschaft muss mit ihren Mitteln einspringen. Der Gewerkschaftsbund muss die Hilfe organisieren. Bedauerlich ist aber, wenn die Verbände sich nicht an die Beschlüsse halten, wie im Falle der Bauarbeiter, und je nachdem an Stelle des Taglohnes grössere oder kleinere Beiträge setzen. Wenn die Vorstände befürchteten, die beschlossenen Beiträge würden nicht bezahlt, so war es ihre Pflicht, die Mitglieder aufzuklären über die gesamte finanzielle Lage.

Ich möchte nun die Anregung machen, dass man im Gewerkschaftsbund einen Streikfonds gründen sollte für solche Arbeitergruppen, die erstens keine eigenen Mittel zum Kampfe haben, und zweitens für solche, die für die gesamte Arbeiterschaft im Kampfe stehen. Dazu könnte von jedem Mitglied in der Woche ein Beitrag von 10 Rappen einbezogen werden, das gäbe in jeder Woche einen Betrag von ungefähr 10,000 bis 15,000 Franken. Im Jahre gewiss eine schöne Summe. Auf diese Weise wäre besser zu helfen, als es diesmal der Fall war; die Furcht, die Vorschüsse nicht mehr hereinzubringen, würde die Aktion nicht lähmen, und jedes Mitglied müsste bezahlen.

Ich möchte diese Sache den Gewerkschaften zur Prüfung unterbreiten, damit der Weg zur Verwirklichung beschritten werden kann. F. K.

Anmerkung der Redaktion: Wir wollen uns an dieser Stelle zu dem gutgemeinten Vorschlag des Genossen K. nicht äussern, es dürfte am Gewerkschaftskongress Gelegenheit dazu geben. Immerhin, zu seiner Verwirklichung bedürfte es der Zustimmung aller Verbände, die wird nicht zu erzielen sein.



Schweiz. Bauernzeitung.

Liest man die «Schweiz. Bauernzeitung», so fragt man sich verwundert, wie eigentlich die Bourgeoisie es zuwege gebracht hat, die Bauernsame samt und sonders hinter ihren Wagen zu spannen. In der Julinummer 1919 im Artikel «Der kommende Existenzkampf des schweiz. Bauernstandes» und noch unverhüllt in dem kleinen Abschnitte «Eine Erinnerung» wird auf die Gefahren einer bösen Bauernrevolte aufmerksam gemacht, wenn die Preise der landwirtschaftlichen Produkte nicht hochgehalten würden. Dann könnte es ähnlich kommen wie nach dem Dreissigjährigen Kriege, als die während des Krieges allzu stark gestiegenen Güterpreise rasch gesunken seien. Die vermehrten Steuern und Abgaben taten das ihre, um die Empörung der Bauern zu steigern. Habe es der Bauer während des Krieges auf einen Tagesverdienst von Fr. 10.60 (!) gebracht (1901/05: 1.90; 1906/13: 3.10, nach Abzug der vierprozentigen Verzinsung für das Aktivkapital), so werde er es sich nicht mehr gefallen lassen, seinen Verdienst sich auf Kosten der nur 8 Stunden arbeitenden Arbeiter schmälern zu lassen. Den Gipfel dieser Hetze stellt aber ein Artikel «Landwirtschaft und Sozialismus» dar. Abgesehen davon, dass hier der Sozialdemokratie Tendenzen unterschoben werden, die diese gar nicht geäussert hat, zeugt er von einer Verständnislosigkeit ohnegleichen gegenüber dem sozialistischen Endziele.

Was wir aber daraus lernen können, ist die Tatsache, dass das Bauerntum vorläufig jedwede Antastung seines Privateigentums als eine Ungeheuerlichkeit empfinden und dadurch die Bauersame nur um so sicherer in das Lager der Bourgeoisie zurückgetrieben würde. Der schweizerische Bauer ist schon viel zu stark politisch gereift, als dass es sich denken liesse, ihm gegenüber die Methode der Diktatur anzuwenden. Die Sozialdemokratie vermag den Bauer nur durch einsichtige Produktionspolitik, durch greifbare Vorteile für sich zu gewinnen. Verkennt die Sozialdemokratie diese Tatsache, so macht sie die Bauern zu den besten Schutztruppen der Reaktion.

«Die Ursache des Kapitalmangels.» Dieser Aufsatz gibt der Redaktion der «Schweiz. Bauernzeitung» Gelegenheit, nochmals dem Achtstundentag der Arbeiter eins zu versetzen. Das Einkommen der selbständig Erwerbenden sei gesunken, das der Angestellten aber gestiegen. Daher leide die Volkswirtschaft an Kapitalmangel. Es berührt wirklich recht eigentümlich, dass der Verfasser dieser Aufsätze immer nur die Arbeiter zu beschimpfen weiss und vollkommen zu vergessen scheint, welche Unsummen von Kapital durch die obere Zehntausend unnütz vergeudet werden. Als ob der Arbeiter nur die geringste Möglichkeit hätte, nennenswerte Kapitalien zu ersparen und auf die Bank zu tragen. Bei einigem guten Willen sollte es doch möglich sein, dass Arbeiter und Bauern zusammen kämen. Sind doch beide Glieder der grossen Gemeinschaft des arbeitenden Volkes.



Betriebsrätezeitung.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund gibt eine «Betriebsrätezeitung» heraus, die monatlich erscheint und deren erstes Heft vorliegt. In einem programmatischen Artikel, «Zur Einführung», wird auf die Notwendigkeit einer gründlichen theoretischen und praktischen Bildung der Betriebsräte sowie auf ihre sorgfältige Auslese hingewiesen. Die «Betriebsrätezeitung» soll den Betriebsräten die Erfüllung ihrer schweren Pflichten und das Tragen der grossen Verantwortung erleichtern. Sie kann natürlich weder die Fachschule noch die Schule des praktischen Lebens ersetzen, sondern nur anregen und die Wege weisen, auf denen der Vorwärtstrebende das notwendige Rüstzeug sich anzueignen vermag, sie kann Stoff zum Nachdenken bieten und Freude an der Fortbildungsarbeit erwecken.»

Die «Betriebsrätezeitung» soll eine Ergänzung der Tageszeitungen und der gewerkschaftlichen Zeitungen bilden und wird sich daher in bestimmtem Rahmen halten. Sie wird neben elementarem Bildungsstoff zu den wirtschaftlichen Tagesfragen Stellung nehmen, um eine möglichst schnelle Mitarbeit an den Gegenwartsaufgaben zu ermöglichen.

Die vorliegende Nummer für Juni bringt Richtlinien für die Zusammenfassung der Betriebsräte zu gewerkschaftlichen Betriebszentralen der Arbeiter und Angestellten, eine Arbeit über Betriebsräte und Arbeitsrecht, sowie einen Artikel über die historische Entwicklung der Grossindustrie. Die wirtschaftliche Lage beleuchten eingehend Abhandlungen über die deutsche Währung, Valuta und Lebensmittelpreise. Andere Arbeiten beschäftigen sich mit dem Wesen der doppelten Buchhaltung, der deutschen Reichsbank, der Meistbegünstigungsklausel und anderem, was nicht bloss für Betriebsräte und solche, die es werden wollen, von hohem Interesse ist. Wenn unsere Arbeitervereine, namentlich unsere Gewerkschaften, über die Entwicklung der deutschen Verhältnisse auf dem laufenden

bleiben wollen, werden sie die «Betriebsrätezeitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes» nicht entbehren können. Sie kostet vierteljährlich 3 Mark, bei der jetzigen deutschen Valuta eine Kleinigkeit. Als Herausgeber zeichnet die «Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale» (C. Legien, Berlin S. O. 16, Engelfufer 15), als Schriftleiter Dr. A. Striemer, Berlin S. W. 68, Lindenstrasse 13.



Gewerkschaftspresse.

Die schweizerische Gewerkschaftspresse hat auf 1. Juli wertvolle Erweiterung erfahren.

Der Bauarbeiterverband gibt an Stelle von: «Der Bauhandwerker» der Bauarbeiter, «Arbeit» der Maler und Gipser, «Steinarbeiter» der Stein- und Tonarbeiter und «Der Zimmermann» der Zimmerleute das Wochenblatt «Der Bauarbeiter» heraus. Die ersten Nummern sind recht vielversprechend ausgefallen und werden sicher manchen bisherigen Gegner der Fusion mit dem jetzigen Stand der Dinge versöhnen.

Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband gibt «Der Gemeinde- und Staatsarbeiter» seit der Fusion mit dem Strassenbahnverband, dessen Erscheinen eingestellt wurde, in vergrössertem Format heraus.

Als neuen Mitkämpfer begrüssen wir die «Telephon- und Telegraphenunion», Organ des Verbandes eidg. Telephon- und Telegraphenarbeiter. Diese Organisation ist aus der Arbeiterunion schweizerischer Transportanstalten ausgeschieden und hat sich als selbständiger Verband konstituiert. Das Sekretariat und die Redaktion befinden sich in Bern, Wagnerstrasse 11.



Kriegsstatistik der deutschen Gewerkschaften

Einschneidend waren die Wirkungen des Krieges auf die deutschen Gewerkschaften. Nicht nur liess die gleich anfangs des Krieges eingetretene Wirtschaftskrise die Zahl der Arbeitslosen stark anschwellen, auch die Einberufungen veranlassten einen grossen Mitgliederwechsel. Bis zum 30. September 1918 wurde ab 30. Juni 1914 in acht Erhebungen die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften erfasst. Am 30. Juni 1914 betrug die Mitgliederzahl 2,510,000, am 30. September 1918 stand sie nur noch auf 1,415,000.

Die Mitgliederzahl nahm infolge der Einberufungen bis zum 31. Dezember 1916 fortwährend ab, von da an überzog aber durch die innere Ueberwindung der Burgfriedensidee der Zustrom den Abgang, so dass am 30. September 1918 sich gegenüber 1914 die Mitgliederzahl nur um 43 Prozent vermindert hatte. Natürlicherweise überzog prozentual die Zunahme bei den weiblichen Mitgliedern (1914: 2,289,454 männliche und 221,131 weibliche; 1918: 1,039,979 männliche und 375,540 weibliche Mitglieder). Die Wirtschaftskrise zu Beginn des Krieges rief naturgemäss einer starken Arbeitslosigkeit. Erwerblos waren im September 1914 21,2 Prozent aller Mitglieder der Gewerkschaften, aber schon im Oktober stieg die Zahl auf 40,5 Prozent, um nach und nach bis zum 30. September 1918 auf 0,8 Prozent zurückzugehen. Diese geringe Zahl der Beschäftigungslosen wurde zum Teil durch die Verkürzung der Arbeitszeit erzielt; die Zahl der nur teilweise Beschäftigten belief sich am 31. Oktober 1914 auf 7,4 Prozent der Gesamtmitglieder, am 30. September 1918 aber immer noch auf 2,1 Prozent der berichtenden Mitglieder.

Die Aufgabe der Leitung der Gewerkschaften, diese als wichtigste Kampforganisation des Proletariates